

## Protokoll 92. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. November 2011, 17.00 Uhr bis 20.05 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Niklaus Scherr (AL), Michael Schmid (FDP), Bruno Sidler (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2011/434](#) Eintritt von Peider Filli (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Balthasar Glättli (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
3. [2007/137](#) \* Weisung vom 16.11.2011: VIB  
Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) betreffend Bau und Betrieb von Biomassekraftwerken, Bericht und Abschreibung
4. [2011/427](#) \* Weisung vom 16.11.2011: VHB  
Immobilien-Bewirtschaftung, provisorische Schulanlage VSS  
Ruggächer, Aufstockung von zwei Pavillons um je ein zusätzliches Geschoss, Objektkredit und Kreditübertragung
5. [2011/435](#) \* Weisung vom 23.11.2011: VGU  
Städtische Gesundheitsdienste und Stadtpolizei, Aufhebung des PV  
Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ) sowie Verlängerung und Weiterentwicklung des Pilotbetriebs der Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS+)
6. [2011/429](#) \* Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 16.11.2011: PV  
E Massnahmen zur Verhinderung von Velodiebstählen
7. [2011/430](#) \* Postulat der SP-Fraktion vom 16.11.2011: STP  
E Einführung von benutzungsfreundlichen erweiterten Öffnungs- und Ansprechzeiten für Arbeitsstellen mit intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe
8. [2011/190](#) Weisung vom 01.06.2011: VS  
Soziale Einrichtungen und Betriebe, Verordnung über die Wohnintegrationsangebote und deren Tarife

- |     |                          |  |           |
|-----|--------------------------|--|-----------|
| 9.  | <a href="#">2011/285</a> | Weisung vom 13.07.2011:<br>Human Resources Management, Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und -abgänger», Bericht und Antrag auf definitive Einführung    | FV        |
| 10. | <a href="#">2011/342</a> | Weisung vom 21.09.2011:<br>Liegenschaftenverwaltung, Überbauung Kalkbreite, Objektkredit für Gleisüberdeckung  | FV        |
| 11. | <a href="#">2011/325</a> | Weisung vom 07.09.2011:<br>Immobilien-Bewirtschaftung, Miete von Räumen der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, für das Sozialzentrum Ausstellungsstrasse                     | VHB<br>VS |
| 12. | <a href="#">2011/400</a> | Weisung vom 02.11.2011:<br>Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, Zürich-Altstadt  | VHB       |
| 13. | <a href="#">2011/350</a> | E/A Dringliches Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 21.09.2011:<br>Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit-Saldi | PV        |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

### 2009. [2011/437](#) Ratsmitglied Jacqueline Badran (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Jacqueline Badran (SP 7+8) auf den 30. November 2011 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

## Geschäfte

### 2010. [2011/434](#) Eintritt von Peider Filli (Grüne) anstelle des zurückgetretenen Balthasar Glättli (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 23. November 2011 anstelle von Balthasar Glättli (Grüne 7+8) mit Wirkung ab 24. November 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Peider Filli (Grüne 7+8), Trampilot, geboren am 21. Juli 1958, von Zernez/GR, Luggwegstrasse 137, 8048 Zürich

**2011. 2007/137****Weisung vom 16.11.2011:****Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) betreffend Bau und Betrieb von Biomassekraftwerken, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 28. November 2011

**2012. 2011/427****Weisung vom 16.11.2011:****Immobilien-Bewirtschaftung, provisorische Schulanlage Ruggächer, Aufstockung von zwei Pavillons um je ein zusätzliches Geschoss, Objektkredit und Kreditübertragung**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 28. November 2011

**2013. 2011/435****Weisung vom 23.11.2011:****Städtische Gesundheitsdienste und Stadtpolizei, Aufhebung des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ) sowie Verlängerung und Weiterentwicklung des Pilotbetriebs der Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS+)**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 28. November 2011

**2014. 2011/429****Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 16.11.2011:****Massnahmen zur Verhinderung von Velodiebstählen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2015. 2011/430****Postulat der SP-Fraktion vom 16.11.2011:****Einführung von benutzungsfreundlichen erweiterten Öffnungs- und Ansprechzeiten für Arbeitsstellen mit intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2016. 2011/190****Weisung vom 01.06.2011:****Soziale Einrichtungen und Betriebe, Verordnung über die Wohnintegrationsangebote und deren Tarife**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 1821 vom 5. Oktober 2011:

Zustimmung:           Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP),  
Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP)  
Abwesend:             Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Änderungsantrag zu Art. 11 Abs. 3

Marcel Savarioud (SP) beantragt Beibehaltung der ursprünglichen Formulierung gemäss Antrag des Stadtrats und stellt folgenden Änderungsantrag zum Antrag der Redaktionskommission:

<sup>3</sup> Die Tarife müssen im Rahmen der orts- und quartierüblichen Mietzinse für gleichartige Wohnobjekte liegen.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum geänderten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des geänderten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:             Präsident Marcel Savarioud (SP), Referent; Linda Bär (SP), Sven Oliver Dogwiler (SVP),  
Dominique Feuillet (SP), Alain Kessler (FDP), Christian Traber (CVP), Maria Trottmann  
(GLP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Ursula  
Uttinger (FDP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit:         Catherine Rutherford (AL), Referentin  
Enthaltung:        Thomas Wyss (Grüne)  
Abwesend:         Hedy Schlatter (SVP)

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 100 gegen 18 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

### **Verordnung über die Wohnintegrationsangebote und deren Tarife**

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf § 1 des Sozialhilfegesetzes, den Gemeindebeschluss vom 2. Dezember 1990 «Sozialhilfe an Suchtmittelabhängige, psychisch Behinderte und sozial Auffällige in Not» sowie Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung, folgende Verordnung:

<b>Gegenstand der Verordnung</b>	<p><b>Art. 1</b></p> <p><sup>1</sup> Diese Verordnung regelt die Wohnintegrationsangebote der Stadt und die dafür erhobenen Tarife.</p> <p><sup>2</sup> Die Wohnintegrationsangebote richten sich an Personen und Familien, die ohne fachliche Unterstützung nicht in der Lage sind, Wohnungslosigkeit oder Obdachlosigkeit aus eigener Kraft abzuwenden oder zu überwinden.</p> <p><sup>3</sup> Die Wohnintegrationsangebote bestehen in kurz-, mittel- oder langfristigen Unterbringungen und sind mit situativ angepasster fachlicher Betreuung verbunden.</p>
<b>Angebote mit ambulanter Betreuung</b> <b>a. Notwohnungen</b>	<p><b>Art. 2</b></p> <p>Die Notwohnungen sind ein begleitetes Wohnangebot für sozial beeinträchtigte Familien, die nicht in der Lage sind, Wohnungslosigkeit abzuwenden oder zu überwinden. Der Aufenthalt ist befristet. Ziel ist die Verbesserung der Gesamtsituation und der Wechsel in eine Wohnung im freien Wohnungsmarkt.</p>
<b>b. Begleitetes Wohnen</b>	<p><b>Art. 3</b></p> <p>Das Begleitete Wohnen ist ein Angebot für Einzelpersonen mit Suchtmittelabhängigkeit oder psychischer Beeinträchtigung. Es ermöglicht ihnen eigenständiges Wohnen im eigenen Zimmer und fördert ihre soziale Integration.</p>
<b>Angebote mit stationärer Betreuung</b> <b>a. Familienherbergen</b>	<p><b>Art. 4</b></p> <p>Die Familienherbergen sind betreute Kollektivunterkünfte für obdachlose Familien. Das Angebot dient der Notlinderung in dringenden Fällen.</p>
<b>b. Notschlafstelle</b>	<p><b>Art. 5</b></p> <p>Die Notschlafstelle bietet obdachlosen Personen ein Bett für die Nacht, Verpflegung und eine Waschegelegenheit. Es stehen Fachleute als Ansprechpersonen zur Verfügung.</p>
<b>c. Nachtpension</b>	<p><b>Art. 6</b></p> <p>Die Nachtpension richtet sich an Langzeitnutzende der Notschlafstelle. Sie bietet Unterkunft im Einer- oder Zweierzimmer und angepasste Betreuung. Der Aufenthalt dient der Stabilisierung und der Suche nach einer Anschlusslösung.</p>
<b>d. Betreute Jugendwohngruppen</b>	<p><b>Art. 7</b></p> <p>Die Betreuten Jugendwohngruppen sind ein Angebot für Jugendliche, die weder selbständig wohnen noch sich in einen Heimbetrieb einfügen können. Der Aufenthalt dient der Stabilisierung der Situation und zielt auf eine Anschlusslösung.</p>
<b>Angebote mit Heimbewilligung</b> <b>a. Betreutes Wohnen City</b>	<p><b>Art. 8</b></p> <p>Das Betreute Wohnen City ist ein betreutes Wohnangebot für sozial und gesundheitlich beeinträchtigte Personen, die nicht in der Lage sind, sich in eine Gemeinschaft einzufügen. Die Einrichtung bietet möblierte Einzelzimmer und durchgehende fachliche Betreuung.</p>
<b>b. Werk- und Wohnhaus zur Weid</b>	<p><b>Art. 9</b></p> <p>Das Werk- und Wohnhaus zur Weid bietet Erwachsenen mit sozialen oder psychischen Beeinträchtigungen oder Suchtproblemen einen geschützten Lebensraum. Die Bewohnerinnen und Bewohner leben in einer Hausgemeinschaft und arbeiten in der Gärtnerei, der Schreinerei, der Landwirtschaft oder der Hauswirtschaft.</p>

<b>Tarife</b>	<b>Art. 10</b>
<b>a. Grundsatz</b>	<p><sup>1</sup> Die Stadt erhebt für ihre Wohnintegrationsangebote kostendeckende Tarife.</p> <p><sup>2</sup> Die Kosten für die in Anspruch genommenen Leistungen werden der jeweiligen Kostenträgerin oder dem jeweiligen Kostenträger belastet.</p> <p><sup>3</sup> Für Härtefälle kann der Stadtrat abweichende Regelungen treffen.</p>
<b>b. Wohnen in Angeboten mit ambulanter Betreuung</b>	<b>Art. 11</b>
	<p><sup>1</sup> Die Tarife für das Wohnen errechnen sich aus den Gesamtkosten für die Bereitstellung des Wohnraums im betreffenden Angebot, insbesondere aus den Miet- und Nebenkosten sowie aus den Kosten für Unterhalt und Wohnraumverwaltung.</p> <p><sup>2</sup> Die Tarife werden bei Wohnungen nach der Anzahl Zimmer und bei Einzelzimmern nach Wohnfläche sowie unter Berücksichtigung des Ausbaustandards festgelegt.</p> <p><sup>3</sup> Die Tarife müssen im Rahmen der orts- und quartierüblichen Mietzinse für gleichartige Wohnobjekte liegen.</p>
<b>c. Betreuung in Angeboten mit ambulanter Betreuung</b>	<b>Art. 12</b>
	<p><sup>1</sup> Die Tarife errechnen sich aus den Gesamtkosten für Personal und Verwaltung.</p> <p><sup>2</sup> Im Einzelfall werden die Tarife aufgrund des nach objektiven Kriterien ermittelten Betreuungsbedarfs und -umfangs festgelegt und einer Tarifstufe zugeordnet.</p> <p><sup>3</sup> Die massgebende Tarifstufe wird im Beherbergungs- und Betreuungsvertrag vereinbart und regelmässig überprüft.</p> <p><sup>4</sup> Im Streitfall wird die Tarifstufe mittels Verfügung festgelegt.</p>
<b>d. Angebote mit stationärer Betreuung</b>	<b>Art. 13</b>
	Die Tarife errechnen sich aus den Gesamtkosten für die Unterbringung sowie für die Betreuung im betreffenden Angebot, insbesondere aus den Sach-, Personal- und Verwaltungskosten.
<b>Beherbergungs- und Betreuungsverträge</b>	<b>Art. 14</b>
	<p><sup>1</sup> Bei den Angeboten mit ambulanter Betreuung unterstehen die Verträge über das Wohnen den Regeln des Mietrechts; die Festlegung der Betreuungskosten untersteht öffentlichem Recht.</p> <p><sup>2</sup> Bei den Angeboten mit stationärer Betreuung unterstehen die Verträge dem öffentlichen Recht.</p>
<b>Ausführungsbestimmungen und Tarifordnung</b>	<b>Art. 15</b>
	Der Stadtrat erlässt die Ausführungsbestimmungen und eine Tarifordnung.
<b>Inkraftsetzung</b>	<b>Art. 16</b>
	Der Stadtrat setzt die Verordnung in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Januar 2012)

**2017. 2011/285****Weisung vom 13.07.2011:****Human Resources Management, Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und -abgänger», Bericht und Antrag auf definitive Einführung**

Antrag des Stadtrats

1. Von der Berichterstattung über das Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und -abgänger» wird Kenntnis genommen.
2. Das Berufserfahrungsjahr wird mit Beginn 2012 definitiv eingeführt.
3. Die mit der definitiven Einführung verbundenen Betriebskosten von etwa Fr. 711 900.– für das Jahr 2012 und etwa 1,69 Mio. Franken pro Jahr für die Folgejahre werden bewilligt. Der Gemeinderat legt jeweils mit dem Budget die jährlichen Ausgaben fest.

## Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Ziffer 2:

2. Das Angebot wird weitere drei Jahre im Projektstatus belassen und der weitere Verlauf des Bedarfs und des Erfolgs wird nochmals beobachtet.

Mehrheit: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Marlène Butz (SP), Dr. Davy Graf (SP), Urs Fehr (SVP), Daniel Meier (CVP), Nikolaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP)  
 Minderheit: Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Vizepräsident Severin Pflüger (FDP)  
 Abwesend: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen zu.

## Änderungsantrag 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Ziffer 3:

3. Das Angebot umfasst 20 Stellen und kann weiterhin durch Teilpensen bei Bedarf auf mehr Stellensuchende aufgeteilt werden. Die damit verbundenen Betriebskosten von etwa Fr. 521 000.– für das Jahr 2012 und etwa 1,18 Mio. Franken pro Jahr für die Folgejahre 2013-2014 werden bewilligt. Der Gemeinderat legt jeweils mit dem Budget die jährlichen Ausgaben fest.

Mehrheit: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Marlène Butz (SP), Dr. Davy Graf (SP), Urs Fehr (SVP), Daniel Meier (CVP), Nikolaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP)  
 Minderheit: Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Vizepräsident Severin Pflüger (FDP)  
 Abwesend: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen zu.

## Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Marlène Butz (SP), Dr. Davy Graf (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Matthias Wiesmann (GLP)
Minderheit:	Urs Fehr (SVP), Referent
Abwesend:	Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der Berichterstattung über das Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrgängerinnen und -abgänger» wird Kenntnis genommen.
2. Das Berufserfahrungsjahr wird mit Beginn 2012 definitiv eingeführt.
3. Die mit der definitiven Einführung verbundenen Betriebskosten von etwa Fr. 711 900.– für das Jahr 2012 und etwa 1,69 Mio. Franken pro Jahr für die Folgejahre werden bewilligt. Der Gemeinderat legt jeweils mit dem Budget die jährlichen Ausgaben fest.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Januar 2012)

**2018. 2011/342****Weisung vom 21.09.2011:****Liegenschaftenverwaltung, Überbauung Kalkbreite, Objektkredit für Gleisüberdeckung**

## Antrag des Stadtrats

Für die Erstellung der Gleisüberdeckung (Tramhalle) auf dem Areal Kalkbreite, Quartier Aussersihl, gemäss Projekt und Kostenvoranschlag, werden die bisherigen Kredite von insgesamt Fr. 6 650 000.– für Projektierung und bauliche Vorleistungen (GR Nr. 2006/77 und GR Nr. 2009/61) um Fr. 9 126 000.– auf Fr. 15 776 000.– erhöht. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2010) und der Bauausführung.

## Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Davy Graf (SP), Referent; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Marlène Butz (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)

Minderheit: Urs Fehr (SVP)

Abwesend: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Erstellung der Gleisüberdeckung (Tramhalle) auf dem Areal Kalkbreite, Quartier Aussersihl, gemäss Projekt und Kostenvoranschlag, werden die bisherigen Kredite von insgesamt Fr. 6 650 000.– für Projektierung und bauliche Vorleistungen (GR Nr. 2006/77 und GR Nr. 2009/61) um Fr. 9 126 000.– auf Fr. 15 776 000.– erhöht. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2010) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Januar 2012)

## 2019. 2011/325

### **Weisung vom 07.09.2011:**

### **Immobilien-Bewirtschaftung, Miete von Räumen der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, für das Sozialzentrum Ausstellungsstrasse**

Antrag des Stadtrats

Dem Mietvertrag mit dem Kanton Zürich, vertreten durch die Kantag Liegenschaften AG, Josefstrasse 84, 8021 Zürich, über etwa 3531 m<sup>2</sup> ausgebaute Bürofläche und etwa 235 m<sup>2</sup> Lager und 2 Aussenparkplätze in der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, 8005 Zürich, zu einem jährlichen Nettomietzins von total Fr. 1 302 954.–, zusätzlich Nebenkostenkonto von jährlich Fr. 110 166.–, ab 1. Januar 2012 mit einer Mindestvertragsdauer bis am 31. März 2018 und einer 12-monatlichen Kündigungsfrist auf Ende März/September, wird zugestimmt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Referent; Marianne Aubert (SP) i. V. von Jacqueline Badran (SP), Christoph Gut (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP) i.V. von Heinz F. Steger (FDP), Walter Angst (AL) i. V. von Dr. Richard Wolff (AL)

Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP)

Abwesend: Michael Baumer (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Dem Mietvertrag mit dem Kanton Zürich, vertreten durch die Kantag Liegenschaften AG, Josefstrasse 84, 8021 Zürich, über etwa 3531 m<sup>2</sup> ausgebaute Bürofläche und etwa 235 m<sup>2</sup> Lager und 2 Aussenparkplätze in der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, 8005 Zürich, zu einem jährlichen Nettomietzins von total Fr. 1 302 954.–, zusätzlich Nebenkostenkonto von jährlich Fr. 110 166.–, ab 1. Januar 2012 mit einer Mindestvertragsdauer bis am 31. März 2018 und einer 12-monatlichen Kündigungsfrist auf Ende März/September, wird zugestimmt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Januar 2012)

## 2020. 2011/400

**Weisung vom 02.11.2011:**

**Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, Zürich-Altstadt**

Antrag des Stadtrats

1. Der private Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, bestehend aus Vorschriften und Plan, wird gemäss Beilagen festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im «Städtischen Amtsblatt» und im «Amtsblatt des Kantons Zürich» sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Thomas Schwendener (SVP), Referent; Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Marianne Aubert (SP) i. V. von Jacqueline Badran (SP), Christoph Gut (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Gabriela Rothenfluh (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP) i.V. von Heinz F. Steger (FDP)
Minderheit:	Walter Angst (AL) i. V. von Dr. Richard Wolff (AL, Referent), Markus Knauss (Grüne)
Abwesend:	Michael Baumer (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 18 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der private Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, bestehend aus Vorschriften und Plan, wird gemäss Beilagen festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im «Städtischen Amtsblatt» und im «Amtsblatt des Kantons Zürich» sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. Dezember 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Januar 2012)

**2021. 2011/350**

**Dringliches Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 21.09.2011:**

**Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit-Saldi**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1747/2011).

Guido Trevisan (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 5. Oktober 2011 gestellten Ablehnungsantrag.

Simone Brander (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Überzeitsaldi der Mitarbeitenden der Frontdienste der Stadtpolizei Zürich – nur auf eigenen Wunsch der betroffenen Mitarbeitenden – unkompliziert wahlweise kompensiert oder ausbezahlt werden können. Zur Verbesserung der Situation soll der Stadtrat eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei prüfen.

Mauro Tuena (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 84 gegen 31 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2022. 2011/442

#### **Motion von Dr. Esther Straub (SP) und Katrin Wüthrich (SP) vom 30.11.2011: Errichtung eines Entschädigungsfonds für Asbestopfer**

Von Dr. Esther Straub (SP) und Katrin Wüthrich (SP) ist am 30. November 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten zur Errichtung eines Entschädigungsfonds für Asbestopfer, die aufgrund ihres Dienstes bei der Stadt erkrankt oder gestorben sind. Aus dem Fonds werden angemessene Schadenersatzzahlungen (Abgeltung von Pflege-schäden und Versorgerschäden sowie Genugtuungszahlungen) an die Opfer bzw. ihre Angehörigen ausgerichtet. Es soll ausfindig gemacht werden, wer in städtischen Betrieben mit Asbest gearbeitet hat. Die betroffenen Mitarbeitenden sind über ihr Krankheitsrisiko zu informieren.

Begründung:

Wie der Antwort des Stadtrats auf die dringliche schriftliche Anfrage 2011/339 zu entnehmen ist, waren bei der SUVA Ende September 2011 acht Fälle von Berufskrankheit mit Ursache Asbest registriert, davon vier Todesfälle. Die Stadt scheint jedoch nur über einen Fall konkret im Bild zu sein. Die Zahl von Asbestopfern nimmt in der Schweiz von Jahr zu Jahr zu und geht voraussichtlich erst ab 2020 zurück. Es muss leider davon ausgegangen werden, dass weitere (ehemalige) Mitarbeitende der Stadt von einer Berufskrankheit mit Ursache Asbest betroffen sein werden.

Wie der Stadtrat in seiner Antwort festhält, decken die beiden Unfallversicherungen (SUVA und UVZ) zwar im Wesentlichen die Heilungskosten, Taggeldleistungen, Übergangentschädigungen, Renten und teilweise auch Integritätsentschädigungen, doch sind aufgrund der zehnjährigen Verjährungsfrist keine Schadenersatzzahlungen auszurichten. Der Entschädigungsfonds der Stadt soll diese Lücken beim Pflegeschaden und beim eventuellen Versorgerschaden schliessen und angemessene Genugtuungszahlungen ausrichten. Die Verjährungsfrist von zehn Jahren ist in Bezug auf Asbesterkrankungen unsinnig, da diese Erkrankungen erst zehn bis vierzig Jahre nach dem Kontakt mit Asbest auftreten. Obwohl die tumor erzeugende Wirkung von Asbest bereits in den sechziger Jahren belegt wurde und 1972 definitiv feststand, wurden Produktion und Verarbeitung von Asbest in der Schweiz erst 1990 verboten. Auch wenn die Stadt haftpflichtrechtlich nicht belangt werden kann, steht sie gegenüber ihren Mitarbeitenden, die an einem städtischen Arbeitsplatz mit Asbest in Kontakt kamen, in einer moralischen Pflicht. Die tragischen Schicksale der Opfer und ihrer Angehörigen müssen ernst genommen werden und bedürfen eines deutlichen Zeichens seitens der Stadt. Dazu ist der Entschädigungsfonds das richtige Mittel.

Aufklärungsarbeit gegenüber den Betroffenen ist zudem dringend nötig, denn ohne eine offensive Informationspolitik der Stadt werden viele (ehemalige) Mitarbeitende gar nicht erfahren, dass sie aufgrund ihrer Arbeit bei der Stadt das Risiko tragen, an Lungenkrebs oder einem Pleuramesotheliom zu erkranken, und können nicht entsprechend vorsorgen.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2023. 2011/443

#### **Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 30.11.2011: Sicherstellung der Submissionsverfahren bei der Sanierung der Lichtsignalanlagen**

Von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 30. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Sanierung der Lichtsignalanlagen (LSA) sichergestellt werden kann, dass ordnungsgemäss das Submissionverfahren mit öffentlicher Ausschreibung durchgeführt wird.

Begründung:

Im Budget 2012 sind bei den bestehenden Lichtsignalanlagen Sanierung der einzelnen Komponenten wie Masten, Ampelgehäuse, Blenden, Schächte und Zuleitungen enthalten. Gemäss den Antworten des Stadtrates ist die Ausführung eines Submissionsverfahrens (noch) nicht sichergestellt und es besteht die Absicht dass die bisherigen Firmen den Zuschlag erhalten und lediglich der Zuschlag im Amtsblatt publiziert wird.

Die Anwendung des Submissionsverfahrens bietet der Stadt Zürich durch Eröffnung einer geeigneten ausgedehnten Konkurrenz eine möglichst gute Qualität und sinnvolle Preisgestaltung zu erzielen. Für die Lieferanten wird unter gleichen Bedingungen unparteiisch eine Aussicht der Beteiligung sichergestellt.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 2024. 2011/444

##### **Postulat von Marc Hohl (FDP) und Heinz F. Steger (FDP) vom 30.11.2011: Erhalt der Parkplätze in der blauen Zone im Gebiet Glaubtenstrasse – Wehntalerstrasse – Schauenbergstrasse**

Von Marc Hohl (FDP) und Heinz F. Steger (FDP) ist am 30. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie 16 Parkplätze in der blauen Zone im Gebiet Glaubtenstrasse – Wehntalerstrasse – Schauenbergstrasse beibehalten werden können.

Begründung:

Kürzlich hat die Dienstabteilung Verkehr informiert, dass im Gebiet Lerchenhalde rund 16 Parkplätze in der blauen Zone aufgehoben werden. Grund dafür sei der neue 37er Bus, der an einigen Stellen mehr Platz benötigt. Das Quartier hat sich den neuen, grösseren Bus gewünscht und ist über dessen Mehrkapazität sehr erfreut. Da in diesem Wohngebiet nur wenige Liegenschaften über Tiefgaragen verfügen, sind die Anwohner und das Gewerbe auf blaue Zonen Parkplätze angewiesen. Weil an der direktbetroffenen Lerchenhalde keine Ersatzmöglichkeit besteht, sollen die Parkplätze im angrenzenden Gebiet ersetzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 2025. 2011/445

##### **Postulat von Claudia Simon (FDP) und Alexander Jäger (FDP) vom 30.11.2011: Verbesserung der Verkehrssicherheit um den Grosskreisel im Bereich Heinrich- strasse – Restaurant/Bar Escherwyss**

Von Claudia Simon (FDP) und Alexander Jäger (FDP) ist am 30. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrssituation um den neuen Grosskreisel im Bereich Heinrichstrasse – Restaurant/Bar Escherwyss sicherer gestaltet werden kann, insbesondere der Fussgängerstreifen unter der Hardbrücke auf der Höhe des Restaurants/Bar Escherwyss, damit eine genügende Anhaltesichtweite für Auto- und Velofahrende gewährleistet ist.

Begründung:

Der Fussgängerstreifen von der Hardbrücke her Richtung Restaurant/Bar Escherwyss ist sowohl für Fussgängerinnen und Fussgänger als auch für Auto- und Velofahrende höchst gefährlich. Wer von der Heinrichstrasse recht in die Hardstrasse abbiegt oder vom Bahnhof Hardbrücke her einbiegt, sieht die Wartenden am Fussgängerstreifen unter der Hardbrücke nicht, da der breite Brückenpfeiler die Sicht stark behindert. Ebenso wenig sehen die Wartenden die Fahrzeuge.

Mitteilung an den Stadtrat

**2026. 2011/446****Interpellation von Isabel Garcia (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 30.11.2011: Haltung des Stadtrats zur Reorganisation der Schulbehörden**

Von Isabel Garcia (GLP) und Maleica Landolt (GLP) ist am 30. November 2011 folgende Interpellation eingereicht worden:

In den letzten zwei Jahren hat sich der Stadtrat verschiedentlich mit dem Thema der Reorganisation der Schulbehörden (Schulkommissionen und Schulpflegen) auseinandergesetzt: Im Dezember 2009 wurde die in seinem Auftrag von der Beratungsfirma Ernst & Young erstellte Studie „Analyse der Behördenorganisation im Volksschulbereich“ veröffentlicht, im April 2011 reichte der Stadtrat seine Vernehmlassungsantwort zur Revision des kantonalen Gemeindegesetzes ein, das auch Neuerungen im Bereich der Organisation der Schulbehörden vorsieht, und im September 2011 äusserte sich der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements, Stadtrat Gerold Lauber, an einer Tagung der Städteinitiative Bildung zu diesem Fragenkomplex.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Stadtrat Gerold Lauber ist Co-Vizepräsident der Städteinitiative Bildung, einer Sektion des Schweizer Städteverbandes. Am 20. Januar 2012 sollen an der Jahrestagung der Städteinitiative Bildung des Schweizerischen Städteverbandes in St. Gallen Grundsätze für eine grundlegende Reorganisation der Schulbehörden (Schulkommissionen und Schulpflegen) erarbeitet werden. Welche Akteure (Funktionsbezeichnungen) des SSD werden an dieser Tagung teilnehmen und welche Grundpositionen gedenken sie in der geplanten Diskussion um die Behördenorganisation zu vertreten?
2. Stadtrat Gerold Lauber hat sich bereits am 9. September 2011 im Rahmen einer Medienkonferenz der Städteinitiative Bildung für eine Abschaffung der heute existierenden Schulkommissionen und Schulpflegen ausgesprochen. Diese Behördenmitglieder werden jedoch entweder vom Volk oder vom Gemeinderat gewählt. Eine Abschaffung tangiert also mindestens indirekt die Kompetenzen des Gemeinderates. Auf welcher Argumentationsgrundlage wird die Abschaffung dieser Schulbehörden gefordert? Wer soll nach Meinung des SSD in Zukunft die Aufsichtsfunktionen der Schulbehörden wahrnehmen?
3. Die üblicherweise nach parteipolitischem Proporz eingesetzten und gewählten Schulkommissions- und Schulpflegemitglieder sind eine Errungenschaft des liberalen Staates mit dem Ziel, die Identifikation/Verbindung sowie das Engagement der Bürgergesellschaft mit der Institution der Volksschule zu pflegen und zu stärken. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass eine grundlegende politische Entscheidung wie jene der Abschaffung der bestehenden Schulkommissionen/Schulpflegen und eine so genannte "Professionalisierung" offen und transparent diskutiert werden muss? Ist der Stadtrat gewillt, diese Diskussion mit konkreten Massnahmen zu fördern?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion, die drei Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

**2027. 2011/447****Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 30.11.2011: Departementsübergreifende Koordination bezüglich Planung, Bau, Miete und Verwaltung von Immobilien**

Von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) ist am 30. November 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Diskussionen zum Thema ‚Fremdmieten‘ in der SK HB/SE haben gezeigt, dass es in der Stadtverwaltung offenbar keine zentrale Stelle gibt, die den Gesamtetat aller stadteigenen und zugemieteten Liegenschaften überblickt und koordiniert. Das führt z.B. zur bizarren Situation, dass Entsorgung & Recycling Zürich bestrebt ist, das alte Verwaltungsgebäude der KVA Hagenholz an Private zu vermieten, während die IMMO andernorts mit privaten Eigentümern den Abschluss teurer Fremdmieten aufgleist. Auf den Sachverhalt angesprochen antwortete die IMMO-Direktorin, sie habe nichts gewusst von der Vermietung des Verwaltungsgebäudes an der Hagenholzstrasse.

In den letzten vier Jahren haben die Kosten für Miete und Pacht von Liegenschaften um ca. 25% zugenommen (von CHF 42'589'624 in der Rechnung 2008 zu CHF 55'135'500 im Budget 2012). Die

Portfoliostrategie der IMMO prognostiziert bis 2020 einen zusätzlichen Flächenbedarf von 70'200 m<sup>2</sup>. Für Fremdmieten werden somit weitere markante Kostensteigerungen erfolgen.

Angesichts dieses grossen Ausgaben-Wachstums für Fremdmieten ist es nicht einsehbar, warum der Stadtrat Planung, Bau, Miete und Verwaltung von Immobilien nicht überdepartemental koordiniert. Die fehlende Koordination hat offenbar die Realisierung wichtiger Projekte verhindert und die Flucht in teure Fremdmieten ausgelöst. Bereits 2001 hatte der Stadtrat erkannt, dass den wachenden Bedürfnissen mit der Realisierung von zwei Verwaltungszentren begegnet werden sollte. In Beantwortung der Dringlichen Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2011/184 erklärt der Stadtrat, „Dass von den zwei im Jahr 2001 geplanten Verwaltungszentren lediglich das VZ Werd realisiert worden ist, trug wesentlich zur Zunahme des Fremdmietanteils bei.“ In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Stellen haben seit 2001 Abklärungen und Planungsschritte unternommen, um die Realisierung der notwendigen Verwaltungszentren voranzutreiben? Wie lauten die Eckwerte der geprüften Projekte bzgl. Standort, Fläche, Funktionalität und Preis? Aus welchen Gründen wurden die Projekte verworfen? Welche Optionen werden heute noch weiterverfolgt?
2. Welche Defizite erkennt der Stadtrat bei der departements-übergreifenden Koordination bei Planung, Bau, Verwaltung, Miete/Vermietung von Flächen/Liegenschaften (Büro- und Gewerbeliegenschaften des FV, VV, EWZ, ERZ etc.)? Welche Optimierungen der Prozesse sind geplant?
3. Ist der Stadtrat bereit, die SK HB/SE jährlich umfassend über die Arbeit einer departements-übergreifenden, koordinierenden Immobilien-Verwaltung zu informieren (Standorte, Fläche, Mietzinse, Mietdauer)? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

## 2028. 2011/448

### **Schriftliche Anfrage von Michel Urben (SP) vom 30.11.2011: Herkunft und Zertifizierung der bezogenen Holzprodukte**

Von Michel Urben (SP) ist am 30. November 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadtverwaltung handelt in Sachen Holzprodukte gemäss Antwort zur schriftlichen Anfrage 2006/242 vorbildlich beim Bau und Unterhalt von Gebäuden oder der Beschaffung von Materialien und Verbrauchsgütern. Es werde auf das FSC Siegel geachtet. Die FSC Zertifizierung ist jedoch von Land zu Land unterschiedlich und es wird auf die länderspezifischen Bedürfnisse geachtet, bzw. die internationalen Prinzipien und Kriterien auf die nationale Ebene spezifiziert. Zum Beispiel werden mit solchen Spezifizierungen in Russland besonders schützenswerte Wälder kahlgerodet, welche dann auch das FSC-Label tragen. Ab 2012 wird eine neue Deklarationspflicht eingeführt auf welcher die Herkunft des Holzes ersichtlich ist.

1. Wieviel Holzprodukte die die Stadtverwaltung bezieht, stammen aus der Schweiz und wieviel aus dem Ausland?
2. Wieviel der durch die Stadtverwaltung bezogenen Holzprodukte sind in der Schweiz und wieviel im Ausland FSC zertifiziert.
3. Wird die Stadtverwaltung ab 2012 nebst FSC-Zertifizierung auch auf die Herkunft der Holzprodukte achten und somit gegen den Kahlschlag von schützenswerten Wäldern ein Zeichen setzen? Sind bereits Vorbereitungen im Gange? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
4. Bezieht die Stadtverwaltung Holzprodukte von ausserhalb Europa? Wenn Ja, wieviel? Und falls bekannt, woher?

Mitteilung an den Stadtrat

**K e n n t n i s n a h m e n****2029. 2011/241****Schriftliche Anfrage von Christoph Gut (SP) und Andrew Katumba (SP) vom 29.06.2011:****Modell der gebundenen Tagesschule, Haltung des Stadtrats zu den Rahmenbedingungen und zur Chancengleichheit**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1411 vom 16. November 2011).

**2030. 2011/319****Schriftliche Anfrage von Guido Trevisan (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 31.08.2011:****Sportanlage Höggerberg, Erarbeitung eines Leitbilds «Allmend Högg» sowie Realisierung eines zusätzlichen Kunstrasenfeldes**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1410 vom 16. November 2011).

**2031. 2011/251****Weisung vom 06.07.2011:****Stiftung Berufslehrverband Zürich BVZ, Beiträge 1. August 2011 bis 31. Juli 2014 für den Bereich «Eidgenössisches Berufsattest EBA und Fachperson Betriebsunterhalt EFZ»**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Oktober 2011 ist am 11. November 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 7. Dezember 2011.

**2032. 2011/154****Weisung vom 18.05.2011:****Geomatik + Vermessung, Grenzmutation Hardturm mit Anpassung der Stadtkreisgrenze**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Oktober 2011 ist am 11. November 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 7. Dezember 2011.

**2033. 2010/171****SK PD/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Balthasar Glättli (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 28. November 2011):

Peider Filli (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

**2034. 2011/36****Weisung vom 08.12.2010:  
Tiefbauamt, Vulkanplatz, Neugestaltung, Objektkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 27. November 2011 über folgende Vorlage entschieden:

2011/36 Weisung vom 08.12.2010:  
Tiefbauamt, Vulkanplatz, Neugestaltung, Objektkredit

53'253 Ja      36'264 Nein

**2035. 2010/246****Weisung 14 vom 09.06.2010:  
Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung, Erlass einer Gebührenordnung  
Parkkarten Blaue Zone**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 27. November 2011 über folgende Vorlage entschieden:

2010/246 Weisung 14 vom 09.06.2010:  
Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung, Erlass einer Gebührenordnung Park-  
karten Blaue Zone

52'234 Ja      37'042 Nein

**2036. 2011/14, 2011/15, 2011/17****«Bezahlbare Wohnungen für Zürich» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu drei  
Volksinitiativen)**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 27. November 2011 über folgende Vorlage entschieden:

2011/14, 2011/15, 2011/17  
«Bezahlbare Wohnungen für Zürich» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu den drei  
Volksinitiativen 2011/14, 2011/15, 2011/17) (Protokoll-Nrn. 1673/2011 – 1675/2011)

68'726 Ja      21'764 Nein

Nächste Sitzung: 7. Dezember 2011, 17 Uhr.